



In Gedenken an den 11. September – 1973

Von Ulrike Simon | 14.9.2021

Es gibt ein anderes 9/11, das heute fast vergessen ist. Am 11. September 1973 wurde die demokratisch gewählte Regierung Allendes in Chile Opfer eines brutalen Militärputsches. Die Folgen sind bis heute spürbar.

Alle Welt gedachte am 11. September des Terroranschlags auf das World Trade Center vor 20 Jahren. Gleichzeitig sind alle Augen nach Afghanistan gerichtet, wo die Taliban nach 20 Jahren Anti-Terror-Krieg der USA und ihrer Verbündeten die volle Kontrolle über das Land erlangten. Im Windschatten dieser Ereignisse erinnert Bill Mitchell in einem [Blog-Beitrag](#) an das andere, in der Öffentlichkeit fast vergessene 9/11, bei dem 1973 die demokratisch gewählte Regierung Allendes durch den Militärputsch Pinochets gewaltsam zu Fall gebracht wurde, ein Ereignis, das ebenfalls tausende Todesopfer kostete.

Bedeutsam ist dieses Ereignis nicht nur wegen der Brutalität der Putschisten, sondern auch wegen der von Pinochet auf Anraten der "Chicago Boys" eingeführten Wirtschaftspolitik. Seit den 1980er Jahren ist diese, selbst für die traditionellen sozialdemokratischen Parteien, Standardkonzept. Und Chile war das Versuchslabor. Dass die Linke sich auf das neoliberale Narrativ eingelassen habe, hatte laut Mitchell tragische Folgen für die Arbeitnehmer und unseren Planeten.

Chile war der erste nennenswerte Putsch des Kapitals, mit dem versucht wurde, den Rückgang der Profitraten seit den 1960er Jahren, der aus einer gerechteren Einkommensverteilung, Vollbeschäftigung und den zunehmenden Wohlstand der Arbeitnehmer resultierte, aufzuhalten. Die herrschenden Eliten und Klassen hätten sich durch die sich in den 60er Jahren durchsetzende arbeitnehmerfreundliche Politik zunehmend bedroht gefühlt, schrieb David Harvey in seinem Artikel [„Neoliberalismus als schöpferische Zerstörung“](#).

Um im kalten Krieg linken Tendenzen in Lateinamerika entgegenzuwirken, finanzierten die USA seit den 1950er Jahren die Ausbildung chilenischer Wirtschaftswissenschaftler an der Universität von Chicago, unter anderem in Person von Milton Friedman. Auch an der privaten katholischen Universität von Santiago dominierten die in Chicago ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftler. In den frühen 1970er Jahren organisierte die Wirtschaftselite ihre Opposition gegen Allende in einer Gruppe, die sich "Montagsclub" nannte. Dieser Club arbeitete mit den chilenischen Chicago-Boys zusammen und finanzierte deren Arbeit über Forschungsinstitute.

"Der Ziegelstein"

Geschult in den Extremformen marktradikalen und monetaristischen Denkens befürworteten diese „Chicago Boys“ die Deregulierung der Arbeitsmärkte, die Privatisierung staatlicher Dienstleistungen und die Abschaffung sozialstaatlicher Regelungen. Ihr extremes, kurz vor dem Staatsstreich im September 1973 abgeschlossenes Manifest hieß: ["El ladrillo": bases de la política económica del gobierno militar chileno](#) ("Der Ziegelstein": Grundlagen der Wirtschaftspolitik der chilenischen Militärregierung). Dort schreiben die „Chicago Boys“ auch, dass ihre "freiheitlichen Ideale" und die "Vision der Militärführung" ihnen den Spielraum für die Umsetzung ihres Plans gaben.

Nach ihrem Putsch verschwendeten Pinochet und seine Militärregierung keine Zeit und holten diese jungen Ökonomen in die Regierung. Deren erste Aufgabe war es, über den IWF Kredite für Chile zu akquirieren und nun in Zusammenarbeit mit dem Währungsfonds die Wirtschaft nach ihren Theorien umzustrukturieren.

Das neue Regime legte die Fiskalpolitik (den flexiblen Einsatz der staatlichen Ausgaben- und Steuerpolitik zur Feinabstimmung der Gesamtausgaben, um Vollbeschäftigung zu erreichen) ad acta und ermächtigte stattdessen die Zentralbanken, ungeachtet der Massenarbeitslosigkeit zuerst die Inflation zu bekämpfen. Milton Friedman prägte dafür den berühmten Begriff "Schockstrategie".

Die daraufhin steigende Massenarbeitslosigkeit war eine direkte Folge der harten Sparpolitik, die durch den Verfall der Weltkupferpreise und die OPEC-Ölkrise noch verschärft wurde.

Als Pinochet die Tarifverhandlungen aussetzte und Gewerkschaftsarbeit verbot, kam es zu einer massiven Einkommensumverteilung von den Arbeitnehmern zu den Profiten. Während die Reallöhne drastisch sanken, gewannen die obersten 20 Prozent einen immer größeren Anteil am Volkseinkommen. Zwischen 1973 und 1982 stieg der Anteil des obersten 1 Prozent an der Einkommensverteilung von knapp über 11 Prozent auf rund 20 Prozent. Der chilenische Staatsstreich habe gezeigt, so David Harvey, wie die Profitraten wiederhergestellt werden können, wenn die Gewerkschaften zerschlagen und das öffentliche Vermögen an den privaten Sektor verkauft wird.

Dokumente, die erst in den letzten Jahren freigegeben wurden, belegen wie die USA, Großbritannien, IWF und Weltbank (und auch Australien) in den brutalen Putsch verwickelt waren.

Weder die US-Regierung noch Großbritannien wollten akzeptieren, dass die Regierung Allendes die Ressourcen des Landes zum Wohl des chilenischen Volkes einsetzen, etwa durch die Verstaatlichung der wertvollen Kupferindustrie. Das Dossier „[Chile, 1971-3](#)“ des britischen Historikers Mark Curtis aus dem Jahr 2018 enthält einige verblüffende Enthüllungen, die [beweisen](#), dass der Militärputsch eindeutig von der US-CIA und globalen Finanzunternehmen angezettelt wurde.

Die Rolle, die der IWF beim Sturz der Demokratie in Chile spielte, war eine Blaupause dafür, was noch kommen sollte. Mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems hatte der IWF seine Funktion als Hüter der Wechselkurse verloren und fand nun seine Rolle als Kreditgeber für Nationen in Geldschwierigkeiten. Er war so in der Lage, erheblichen Einfluss auf nationale Politik auszuüben, indem er finanzielle Unterstützung zurückzog und/oder Strukturanpassungsprogramme einforderte. In den 80er und 90er Jahren stellte der IWF seinen Namen, seine Autorität und seine Ressourcen in den Dienst des neoliberalen Angriffs auf die keynesianische Orthodoxie.

In Chile habe der IWF, so Mitchell, auch die Wünsche der US-Regierung erfüllen wollen, die die neoliberale Agenda im Namen der großen Wall-Street-Firmen, die die Mitglieder des Kongresses mit hohen Summen finanzierten, vehement verfolgte. Die USA bemühten sich auch um die Unterstützung der Weltbank, um Chile unter Allende die finanzielle Unterstützung zu entziehen und das Land von internationalen Geldern abzuschneiden.

Großbritannien und der chilenische Militär-Putsch

Die Arbeit von Mark Curtis beleuchtet auch die Rolle Großbritanniens beim chilenischen Staatsstreich: Großbritannien sah sein "Hauptinteresse in Chile (...) Kupfer" bedroht. 1973 schrieb der damalige britische Botschafter in Chile, dass "eine Option für die Zukunft Chiles ein Staatsstreich ist": Wenn darauf ein militärisch geführtes Regime oder später Wahlen folgten, die eine gemäßigte, demokratische Regierung hervorbrächten, könnte man wohl mit Hilfe amerikanischer Kredite und einer Art Marshall-Hilfe auf einen eventuellen Aufschwung hoffen. Darauf setze die „Geschäftswelt“ ihre Hoffnungen, die auf eine Militärdiktatur dränge, um Allende loszuwerden.

In demselben Memo konstatierte der Botschafter:

„(...) viele Menschen in den ärmeren und benachteiligten Teilen der Gesellschaft haben durch die Regierung von Präsident Allende einen neuen Status erlangt und ihren Lebensstandard verbessert.“

Drei Tage nach dem Putsch, schrieb er dann:

„Der Putsch wurde effizient und mit einer kaltblütigen, chirurgischen Vorgehensweise durchgeführt, die für den chilenischen Charakter untypisch ist. (...) Es ist wahrscheinlich, dass die Zahl der Opfer in die Tausende geht (...)“.

Doch die äußerste Brutalität des Putsches war der Regierung in Großbritannien bereits bekannt. Alec Douglas-Hume, der britische Außenminister, schrieb schon einem Tag vor der Notiz des Botschafters:

„Die Umstände des Sturzes und des Todes von Allende machen diesen Fall heikel... Aber für uns steht in den wirtschaftlichen Beziehungen zu Chile immer noch genug auf dem Spiel, um gute Beziehungen mit der amtierenden Regierung sicherzustellen.“

Sieben Tage nach dem Putsch folgte eine Art Rechtfertigung des Außenministers:

„(...) ich sollte klarstellen, dass die Allende-Regierung, was auch immer die Exzesse des Militärs während des Putsches waren, das Land in den wirtschaftlichen Ruin, die soziale Unordnung und das politische Chaos geführt hat.“

Und am nächsten Tag:

„Die meisten britischen Geschäftsleute, ob sie nun Investitionen in Chile haben oder einfach nur an Exporten nach Chile interessiert sind, werden über die Aussicht auf Konsolidierung, die das neue Militärregime bietet, überglücklich sein. (...) Die britischen Tochtergesellschaften und Investitionen, [verschiedene, darunter Shell] (...) atmen alle tief auf. (...) Eines scheint mir sicher. Jetzt ist es an der Zeit, einzusteigen.“

Die britische Regierung erhoffte sich von der neuen Militärdiktatur unter anderem hohe Exporteinnahmen durch Waffengeschäfte. Man stellte fest:

- Die in Großbritannien gebauten Hawker Hunters der chilenischen Luftwaffe zeigten während des Staatsstreiches „eine beeindruckende Machtdemonstration. (...) Sie stürzten auf den Moneda-Palast herab und feuerten mit bemerkenswerter Präzision ihre Raketen aus der Luft ab. Diese richteten großen Schaden an und setzten den Palast in Brand. Die Residenz des Präsidenten am Rande der Stadt, wo man auf Widerstand stieß, wurde ebenfalls angegriffen“.
- "Es gibt viele Berichte über vorsätzliche Tötungen und Brutalitäten (...) Es gab Berichte über summarische Hinrichtungen einiger Personen, die sich den Streitkräften widersetzen, und über groß angelegte Razzien bei Anhängern und Sympathisanten der Regierung, insbesondere bei Ausländern. Mehrere Tausend wurden im Fußballstadion festgehalten, wo einige sehr grob behandelt wurden."
- "Was die Rücksichtslosigkeit des Putsches betrifft, so würden die Militärs argumentieren, dass Halbheiten oder ein 'weicher' Putsch nicht nur unwirksam gewesen wären, sondern auch zu einem längeren Bürgerkrieg geführt hätten."
- Aber "das derzeitige Regime hat den britischen Interessen unendlich viel mehr zu bieten als das vorherige. Die neue Führung steht eindeutig auf unserer Seite (...)".

Für Mitchell hingegen ist es ein beängstigender Präzedenzfall gewesen, in dem eine Nation, die "ihren Staat zurückeroberte", um das Leben der normalen Menschen zu verbessern, von ausländischem Kapital mit Hilfe des Militärs überfallen wurde.

Es gibt Hoffnung

Der Putsch vom 11. September 1973 wirkt bis heute nach. Der Kampf gegen den vom Pinochet-Regime durchgesetzten Neoliberalismus ist in den letzten Jahren neu aufgeflammt. Eine Kampagne mit dem Ziel einer Verfassungsänderung stößt auf erbitterte Gegenwehr jener Eliten, die von den unter Pinochet eingeführten Ungleichheiten profitieren. Wieder herrscht politische Instabilität. Die traditionellen politischen Kräfte (sowohl Mitte-Rechts als auch Mitte-Links), die im Rahmen der Pinochet-Verfassung agiert haben, geraten politisch zunehmend unter Druck, während sich eine neue sozialdemokratische Bewegung formiert.

„Chile ist zu einem Fallbeispiel für die Entfremdung zwischen dem Establishment und der Zivilgesellschaft geworden“, [schreibt Cristóbal Rovira Kaltwasser](#),

Professor für Politikwissenschaft an der Universidad Diego Portales in Santiago de Chile. Ein Großteil der Bevölkerung betrachtet das Establishment inzwischen als illegitim, so Kaltwasser, gleichzeitig habe die Zivilgesellschaft bewiesen, dass sie in der Lage ist, sich zu organisieren und Druck auszuüben, um nichts weniger als einen neuen Gesellschaftsvertrag zu fordern.

Es gibt also Hoffnung. Kann Chile erneut zu einer "Blaupause für andere Länder" in Lateinamerika werden, diesmal aber für diejenigen, die den Neoliberalismus ablehnen und Ungleichheit, Armut, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung wirklich angehen?